



Demo für das Leben: Pro-life-Marsch in Washington

Foto: Reuters

## Wende in den USA

# Bush auf

von Georg Snatzke

organisationen keine Bundesgelder erhalten, die im Ausland Abtreibungen durchführen oder propagieren. Dagegen erklärten Vertreter der Europäischen Union (EU), die finanziellen Verluste für Organisationen wie den Bevölkerungsfonds der UNO und International Planned Parenthood (IPPF) teilweise ausgleichen zu wollen. Schon bisher gibt die EU dafür 44 Millionen Dollar aus.

Bei einer Reihe von weiteren Lebensrechtsthemen hat Bush eine Änderung der Politik angekündigt. So will er ein Gesetz zum Verbot von Spätabtreibungen unterzeichnen, wenn ihm der Kongress einen entsprechenden Entwurf vorlegt. Bisher sind mehrere solcher Gesetzesentwürfe am Veto von Präsident Clinton gescheitert. Fraglich ist jedoch, ob ein solches Gesetz vor dem obersten Gerichtshof in seiner jetzigen Zusammensetzung bestehen könnte. Weiter ließ Bush verlauten, dass er Forschung an embryonalen Stammzellen und an fötalem Gewebe nicht mehr mit Bundesgeldern bezuschussen wolle und dass er auch gegen die Verwendung abgetriebener Embryonen und Föten für diese Forschungszwecke sei.

### Überraschung: Die First Lady ergreift Partei für das Leben

Zwei Tage nach der Amtseinführung des Präsidenten fand am 22. Januar 2001 der jährliche „Marsch für das Leben“ in Washington zum Jahrestag des Urteils „Roe vs. Wade“ statt. In dieser Entscheidung zauberte der oberste Gerichtshof im Jahr 1973 aus dem „right to privacy“ das Recht auf Abtreibung hervor. Bush trat nicht persönlich vor den rund 100.000 Demonstranten auf, ließ aber eine Erklärung verlesen, in der er sich mit den Teilnehmern einig zeigte, eine Kultur des Lebens schaffen zu wollen, in der jedes Kind in dieser Welt willkommen und vom Gesetz geschützt sei.

Für viele überraschend war, dass sich sogar die neue First Lady Laura Bush zum Thema Abtreibung zu Wort meldete, noch dazu mit einer Meinung, die so gar nicht

Die Hoffnung auf einen Politikwechsel hat die amerikanische Lebensbewegung nicht getrogen: Die Streichung staatlicher Gelder für die internationale Abtreibungslobby und die Forschung mit embryonalen Stammzellen, die Überprüfung der Zulassung der Abtreibungspille Mifegyne (RU 486), ein Grußwort von Präsident Bush an die Teilnehmer des „Marsches für das Leben“ und seine erklärte Absicht, ein gesetzliches Verbot von Spätabtreibungen durch den Kongress zu erwirken, stellen einen vielversprechenden Anfang für eine neue „Kultur des Lebens“ in den USA dar, der weltweit Auswirkungen haben dürfte. Doch die Nagelprobe für die neue Pro-life-Politik steht erst noch bevor: Die Bestellung neuer Richter für den Supreme Court. Nur mit einer neuen Mehrheit im obersten Gerichtshof der USA kann die katastrophale Entscheidung „Roe vs. Wade“ für ein „Recht auf Abtreibung“ von 1973 gekippt werden.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den USA vom 7. November 2000 fiel knapper aus, als es die meisten Kommentatoren vorher für möglich gehalten hatten. Während George W. Bush die entscheidende Mehrheit unter den Wahlmännern der Bundesstaaten erringen konnte, erhielt sein Konkurrent Al Gore bundesweit gut 500.000 Stimmen mehr. Im Repräsentantenhaus ist die Mehrheit der Republikaner hauchdünn, im Senat herrscht sogar Gleichstand. Hier haben Republikaner und Demokraten jeweils 50 Abgeordnete.

Unter diesen Voraussetzungen Präsident zu werden, das bedeutet für Bush, auf die Demokraten zuzugehen und kompromissfähig zu sein. Die meisten US-Medien sind denn auch — nicht selten zu ihrer eigenen Überraschung — voll des Lobes über das offene und unkomplizierte Auftreten des neuen Präsidenten und über seine Angebote zur Zusammenarbeit mit den Demokraten.

Dabei hat Bush bisher im Wesentlichen an seinen im Wahlkampf geäußerten politischen Plänen festgehalten. Vor allem im Bereich des Lebensrechts hat Bush bislang mehr Profil gezeigt, als selbst von den Lebensrechtsorganisationen in den USA erhofft worden war. Nach nur einigen Wochen im Amt hat Bush zwar noch wenig Fakten schaffen können, aber der Ton und die vorgegebene Richtung sind eindeutig. Wie schon bei Clinton so galt auch eine der ersten Amtshandlungen Bushs der Abtreibung. Bush führte die sogenannte „Mexiko-City-Politik“ Ronald Reagans wieder ein, die Clinton unmittelbar nach seinem Amtsantritt 1992 abgeschafft hatte. Sie sieht vor, dass Or-



Justizminister John Ashcroft

Foto: dpa

# Pro-life-Kurs

in das moderne, politisch korrekte Weltbild passen will: Die Zahl nicht gewollter Schwangerschaften müsse vermindert werden. Laura Bush schlug dazu vor, man müsse mit Mädchen und Jungen über Verantwortung reden und sie auch über den Wert von sexueller Enthaltsamkeit unterrichten.

## Wütende Proteste gegen die Nominierung von Ashcroft

Sehr erfreut zeigten sich amerikanische Lebensrechtsorganisationen auch über das neue Kabinett Bush. In ihm gibt es zwar eine ganze Reihe von Abtreibungsbefürwortern wie etwa Außenminister Powell und Umweltministerin Whitman, an den entscheidenden Stellen setzte Präsident Bush aber überzeugte Lebensrechtler ein, John Ashcroft als Justizminister und Tommy Thompson als Gesundheitsminister. Als Gouverneur des Bundesstaates Wisconsin modernisierte Thompson die Sozialsysteme und verfolgte einen strikten Pro-life-Kurs. Bereits im vergangenen Jahr kündigte er an, die erfolgte Zulassung der Abtreibungspille Mifegyne (RU 486) für den amerikanischen Markt noch einmal unter gesundheitlichen Aspekten überprüfen lassen zu wollen. Bush hat sich dieser Meinung angeschlossen.

Bushs Kandidat für das Justizministerium, John Ashcroft, hatte sich als Justizminister und Gouverneur von Missouri sowie als Senator einen Ruf als kompromissloser Befürworter des Lebensrechts ungeborener Kinder und als entschiedener Konservativer in vielen anderen Politikfeldern erworben. Wie Bush ist auch Ashcroft, das sei nebenbei erwähnt, inkonsequenterweise ein Verfechter der Todesstrafe. Dies spielte jedoch bei der massiven Kampagne, die viele linke Kräfte in den USA, von der Demokratischen Partei über die Bürgerrechtsbewegung bis hin zu verschiedenen „Pro-choice“-Abtreibungsorganisationen kurz nach der Bekanntgabe seiner Nominierung gegen ihn gestartet hatten, erstaunlicher Weise keine Rolle.

Im Internet richteten sie zahlreiche Anti-Ashcroft-Seiten ein, bundesweit liefen

verschiedene Fernsehspots und viele Organisationen riefen dazu auf, mittels Post, Telefon und e-Mail Druck auf demokratische und republikanische pro-choice-Senatoren auszuüben, damit diese Ashcroft ablehnten. Zwar initiierten das „National Right to Life Committee“ und andere auch Aktionen für eine Bestätigung Ashcrofts, doch erreichten diese Initiativen bei Weitem nicht die Intensität und das Medienecho der Gegenseite.

Bei der Anti-Ashcroft-Kampagne und den teilweise inquisitorisch anmutenden Anhörungen im Senat war auffällig, dass trotz intensivster Suche praktisch keine verwertbaren Lei-

chen in Ashcrofts politischem Keller zu finden waren. Auch bei den demokratischen Senatoren gilt Ashcroft zwar als radikal, aber ebenso als integer und ehrlich.

So verstärkte sich zunehmend der Eindruck, dass die Abtreibungslobby an Ashcroft ein Exempel statuieren wollte: Wer das „Menschenrecht“ auf Abtreibung nicht anerkennt, darf kein hohes politisches Amt bekleiden, so lautete ihr Credo. Der massive Druck auf die demokratischen Senatoren zeigte Wirkung. Ashcroft wurde — für amerikanische Verhältnisse äußerst knapp — mit 58 gegen 42 Stimmen im Amt bestätigt.

Um diese Zustimmung überhaupt zu erreichen versprach Ashcroft dem Senat, sich bei seiner Amtsführung lediglich auf

den Vollzug geltender Gesetze zu beschränken. Die Gesetze und Bestimmungen, welche die Verfügbarkeit von Abtreibungen und den ungehinderten Zugang zu Abtreibungskliniken betreffen, werde er ohne Abstriche durchsetzen. Er werde nicht versuchen, *Roe vs. Wade* umzustoßen, denn dies betrachte er als etabliertes Recht.

Die Befürworter des in den USA geltenden Abtreibungsrechts haben angekündigt, Ashcroft an diesen Worten zu messen. Auf Seiten der Lebensrechtsbewegung hofft man derweil, dass diese Aussagen nur das Offensichtliche meinen: Dass *Roe vs. Wade* die geltende Rechtsprechung ist und dass weder der Präsident noch das Justizministerium die verfassungsmäßige Möglichkeit haben, dagegen direkt vorzugehen. Bush und Vizepräsident Cheney haben mehrfach geäußert, dass dies auch ihre Sicht ist. Solange *Roe vs. Wade* Bestand hat, könne man sich nur indirekt für das Lebensrecht ungeborener einsetzen, bei Finanzierungsfragen, der Abtreibungsspielle, Verfahrensfragen und Ähnlichem.

## Welche Rolle spielt künftig der Supreme Court?

Die Nagelprobe für den neuen Präsidenten, seinen Justizminister und den Kongress steht deshalb erst an, wenn es um die Einsetzung neuer Verfassungsrichter beim obersten Gerichtshof geht, da nur dieser in der Lage ist, einen prinzipiellen Wandel in der Lebensrechtsfrage herbeizuführen. Sollte Bush seiner Linie treu bleiben und einen Gegner von *Roe vs. Wade* nominieren, dann dürfte ihm ein rauher Wind ins Gesicht blasen. Welche Auseinandersetzungen er dann zu erwarten habe, davon erhielt seine neue Regierung bei dem Nominierungsverfahren von Ashcroft bereits eine Kostprobe.

**Auf Seite 6: Das Grußwort Präsident Bushs zum „Marsch für das Leben“ am 22. Januar in Washington.**



### **„Jedes Kind willkommen heißen“**

Vor zwei Tagen versammelten sich Amerikaner in Washington, um die Ideale unserer Nation zu feiern. Heute sind Sie versammelt um unser Land daran zu erinnern, dass eines dieser Ideale der unendliche Wert jedes Lebens ist.

**Ich befürworte Ihre Botschaft und Ihre Arbeit zutiefst. Sie sehen die Schwachen und die Wehrlosen, und Sie versuchen zu helfen. Sie sehen die Not vieler junger Mütter und ihrer ungeborenen Kinder, und Sie sorgen sich um beide. Auf so vielen verschiedenen Wegen machen Sie unsere Gesellschaft mitfühlender und einladender.**

**Wir teilen ein großes Ziel: Auf einen Tag hinzuarbeiten, an dem jedes Kind im Leben willkommen geheißen und vom Gesetz geschützt wird. Wir wissen, dass dies nicht einfach oder alles auf einmal zu erreichen ist. Aber das Ziel führt uns weiter: Eine Kultur des Lebens zu schaffen, in der sichergestellt ist, dass jede Person in jedem Stadium und Abschnitt des Lebens vor Gottes Angesicht gleich erschaffen ist.**

**Die Versprechungen unserer Unabhängigkeitserklärung gelten nicht nur für die Starken, die Unabhängigen oder die Gesunden. Sie gelten für alle, auch für ungeborene Kinder. Wir sind eine Gesellschaft mit genügend Mitgefühl und Wohlstand und Liebe, um sowohl für Mütter als auch für ihre Kinder zu sorgen, um das Versprechen und das Potenzial in jedem menschlichen Leben zu suchen. Ich glaube, dass wir Fortschritt machen in Bezug auf dieses Ziel. Ich habe Vertrauen in die guten Herzen der Amerikaner. Ich vertraue darauf, dass das sich entfaltende Versprechen unseres Landes einen immer weiteren Kreis von Dazugehörigkeit und Schutz umfasst.**

**Und ich vertraue darauf, dass die Höflichkeit und das gute Gespür unserer Bürger die Bereitschaft beinhalten, unsere Unterschiede im Geist der Toleranz und des guten Willens anzugehen. Alle von Ihnen, die heute marschieren, sind in einer guten Sache nie müde geworden. Danke für Ihre Überzeugung, Ihren Idealismus und Ihren Mut. Gott segne Sie alle.**

*GEORGE W. BUSH*

### **Chirac wendet sich gegen „therapeutisches Klonen“**

Lyon. Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac hat die Genforscher zu Zurückhaltung aufgefordert. Auf dem Weltwissenschaftsforum „Biovision 2001“ in Lyon sagte Chirac laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, er sei nicht dafür, das sogenannte therapeutische Klonen zuzulassen.

In seiner Rede vor Wissenschaftlern aus aller Welt machte der französische Präsident deutlich, dass die Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken unweigerlich zum reproduktiven Klonen führen werden. Weiter zitiert die Zeitung Chirac mit den Worten: „Das absolute Verbot, Embryonen nur zu wissenschaftlichen Zwecken herzustellen, muss unter allen Umständen aufrechterhalten werden“.

Dagegen hatte Frankreichs Premierminister Lionel Jospin im November des vergangenen Jahres erklärt, seine Regierung wolle unter bestimmten Auflagen das sogenannte therapeutische Klonen zulassen.

### **Stephan Hawking prophezeit „Evolution per Design“**

Bombay. „Die Gentechnik wird in Zukunft den neuen Menschen erschaffen“. Diese Überzeugung vertritt der bekannte britische Astrophysiker Stephan Hawking. Auf einem Kongress in Bombay sagte er aufgrund einer unheilbaren Krankheit an den Rollstuhl gefesselte Forscher laut einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ vom 16. Januar weiter: „Ich befürworte das nicht, ich sage nur, es wird passieren, ob wir wollen oder nicht.“

Nach Meinung Hawkings könnten Gesetze die Erschaffung von „Übermenschen“ mit verbesserten geistigen und körperlichen Merkmalen nicht verhindern. Diese neue Spezies werde die herkömmlichen Menschen verdrängen.

### **Debatte zur Euthanasie gefordert**

Brüssel. Abgeordnete verschiedener Parteien und Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben eine Debatte des Europäischen Parlaments zur Euthanasie-Gesetzgebung in den Niederlanden und Belgien gefordert.

In den Niederlanden hatte die zweite Kammer des Parlaments im November des vergangenen Jahres einen Vorschlag angenommen, der die bisherige liberale Gesetzgebung weiter öffnen soll.